



# DAS ROTE TUCH

## BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

18. Januar 2019  
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

### Flughafen-Streik:

## Die richtige Antwort auf Auslagerung, Stress und niedrige Löhne!

„20 Euro Stundenlohn für alle – bundesweit.“ Massiv haben sich die Arbeiter, die an den Flughäfen Gepäck und Passagiere kontrollieren, an den Streiktagen für diese Forderung beteiligt, zu denen die Gewerkschaft ver.di aufgerufen hat. Oft konnten nur die Hälfte, teils kein einziges Flugzeug starten.

Die Arbeiter, die heute brutto zwischen 14 und 17 Euro die Stunde verdienen, kämpfen dafür, sich ein Stück weit den Lohn zurückzuholen, den man ihnen in den letzten Jahrzehnten gestohlen hat.

Noch in den 90ern gehörten die Sicherheitskontrollen zum Öffentlichen Dienst und wurden meist von Beamten durchgeführt. Doch dann wurden sie an private Sicherheitsfirmen (wie Kötter oder Securitas) ausgelagert – mit drastischen Verschlechterungen für die Arbeiter.

Die Löhne wurden regelrecht halbiert, das Personal zusammengespart. Ständig Stress, unmögliche, chaotische Schichtzeiten, die sie oft erst kurzfristig erfahren... und dann reicht am Monatsende das Geld nicht. Viele sind befristet und haben Angst um ihren Job.

Es gibt wohl keinen Konzern und keinen Bereich des Öffentlichen Dienstes, wo nicht zig Abteilungen unter ähnlichen Bedingungen ausgelagert oder privatisiert wurden. Wie bei den Paketboten, einst Postbeamte, die heute zum Teil 10, 11 Stunden am Tag für weniger als den Mindestlohn schufteten. Oder den Leiharbeitern der Subfirmen, die in Chemie- oder Autowerken mit unsicheren Verträgen für weniger als die Hälfte des Lohns eines Festangestellten arbeiten.

Doch es gibt auch immer wieder Momente, in denen die Unsicherheit, die Ungerechtigkeit und der Druck in Wut umschlägt. Wie bei den ausgelagerten Putzfrauen, Servicekräfte und Physiotherapeuten, die in den letzten Monaten an mehreren Krankenhäusern gestreikt haben. Oder eben an den Flughäfen.

Hier haben die Kontrolleure in den letzten Jahren bereits mehrfach für höhere Löhne gestreikt. Diese Erfahrungen ha-

ben dazu beigetragen, dass sie heute das Selbstvertrauen haben, im ganzen Land zusammen für 20 Euro Stundenlohn zu kämpfen – und damit zwischen 20 und 40% Lohnerhöhung zu fordern.

Die Bosse der Sicherheitsfirmen geifern, es wäre unverschämt, so viel Lohn für eine Arbeit zu verlangen, für die man keine Ausbildung bräuchte, sondern „nur“ angelehrt werden müsse. Die Arbeiter haben ihnen die beste Antwort gegeben. Sie haben sie spüren lassen, was passiert – oder besser gesagt was alles nicht mehr passiert, wenn all die „nur“ Angelernten aufhören zu arbeiten.

Ja, ohne uns Arbeiterinnen und Arbeiter läuft nichts. Wir alle sind die vielen Räder, die gemeinsam die Betriebe und die gesamte Gesellschaft am Laufen halten. Am Flughafen braucht es Arbeitende, die die Flugzeuge und die Hallen putzen, die das Gepäck einladen, die die Flugzeuge kontrollieren und reparieren, die neue Flugzeuge bauen, die neue Flugzeuge entwickeln... Und so ist es in der gesamten Gesellschaft.

Würde man die Löhne nach dem gesellschaftlichen Nutzen festlegen, dann müsste man alle alles genau umgekehrt machen: Die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken, Flughäfen, Krankenhäusern, Lagern oder Supermärkten würden die Gehälter der Vorstände bekommen – und die Kapitalisten (höchstens) den Lohn einer Arbeiterin!

Wir Arbeitenden haben jedes Recht, Forderungen zu stellen und für unsere Interessen zu kämpfen. Wir haben auch keine andere Wahl. Denn in dieser Gesellschaft heißt es: sie – oder wir.

Die kapitalistische Klasse wird nicht aufhören, uns anzugreifen. Dieser Kampf, der Kampf der kapitalistischen Klasse, uns mehr auszubeuten, um auf unserem Rücken ihre Gewinne zu erhöhen, ist ein untrennbarer Bestandteil des kapitalistischen Systems. Auch in den letzten fünf Jahren, wo sie uns ständig erzählt haben, wie toll die Wirt-

schaft läuft, haben sie weiter Stellen abgebaut, ausgelagert und unsere Arbeitsbedingungen verschlechtert. Allein in der letzten Woche haben VW, Ford und Tengelmann angekündigt, zusammen über 10.000 Arbeitsplätze in Deutschland zu vernichten – alles drei Konzerne mit Milliarden Gewinnen!

Und je mehr ihre Gesellschaftsordnung die Welt in Armut, Handelskriege und Kriege stürzt, je schlimmer die weltweite Wirtschaftskrise wird, desto heftiger werden sie angreifen. Schon jetzt hört man immer häufiger vom Handelskrieg, von den wirtschaftlichen Problemen in China, dem Rückgang des Wirtschaftswachstums in Deutschland, den Gefahren des Brexit... und dass all dies „selbstverständlich“ Auswirkungen auf die Arbeitsplätze haben werde.

Für die Kapitalisten ist es selbstverständlich, dass wir Arbeiter für die Probleme ihrer Wirtschaft bezahlen, damit diese kleine Handvoll Kapitalisten, die sich auf unserem Rücken unfassbar bereichert hat, ihre Gewinne behalten und sich weiter bereichern kann!

Auch die neue CDU-Chefin Kramp-Karrenbauer hat als erste Amtshandlung gefordert, dass man den Unternehmen wegen der wirtschaftlichen Sorgen die Steuern senken müsse. Viele ärmere Arbeiter, alleinerziehende Mütter, Rentner kämpfen täglich mit existenziellen Sorgen und bekommen immer weniger Unterstützung vom Staat. In den Krankenhäusern, bei der Bahn, in den Altenheimen herrschen katastrophale Zustände, weil das Geld vorne und hinten fehlt. Und für sie alle soll noch weniger Geld da sein, weil die CDU dieses Geld den Konzernen und Milliardären, den Reichsten der Reichen schenken will!

Ja, die herrschende Klasse führt den Klassenkampf, den Kampf der kapitalistischen Klasse gegen die arbeitende Klasse. Sie führt ihn konsequent und mit klaren Zielen. Wir, die Arbeitenden werden dies ebenfalls tun müssen.

## Vor 100 Jahren: Die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht

Am 15. Januar 1919 wurden die Revolutionäre Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von rechtsextremen Freikorps-Soldaten im Dienst der SPD-Regierung ermordet. Die SPD-Führung ließ damit diejenigen umbringen, die der begonnenen Revolution der Arbeiter hätten zum Sieg verhelfen können.

Zwei Monate vorher war die Revolution in Deutschland ausgebrochen: Millionen Matrosen, Arbeiter und Soldaten stürzten am 9. November 1918 den Kaiser und gründeten innerhalb weniger Tage im ganzen Land Arbeiter- und Soldatenräte.

Die SPD setzte sich schnell an die Spitze der Revolution. Sie bildete innerhalb weniger Stunden eine Regierung unter Friedrich Ebert, die sie in Anlehnung an die russische Revolution „Rat der Volksbeauftragten“ nannte. Viele Arbeiter vertrauten der SPD noch und glaubten, sie hätten jetzt eine sozialistische Regierung, die die Revolution unterstützen und fortsetzen würde. Die SPD aber hatte sich nur an die Spitze der Revolution gesetzt, um sie bremsen und vernichten zu können.

Um die Alleinherrschaft der kapitalistischen Klasse in Staat und Fabriken wieder herzustellen, musste die SPD als erstes die Arbeiterklasse entwaffnen. Gleich am ersten Tag ließ sich Ebert eine geheime Direktleitung zu General Gröner legen, also zum Generalstab der kaiserlichen Armee.

Zwei Mal versuchten die beiden im Dezember, Soldaten, die gerade erst aus dem Krieg zurückkamen, auf revolutionäre Arbeiter und Matrosen in Berlin zu hetzen. Vergeblich. Die Soldaten verbündeten sich mit den revolutionären Arbeitern und der einfachen Berliner Bevölkerung... gegen ihre Offiziere. Schlagartig wurde vielen Berliner Arbeitern bewusst, dass die SPD-Regierung gegen die Revolution arbeitete.

Um den sich schnell radikalisierenden Massen eine politische Führung zu bieten, gründeten Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und ihre Spartakusgruppe am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Liebknecht und Luxemburg waren bekannt und geachtet in der Arbeiterklasse, weil sie zu den ganz wenigen Führern der Arbeiterbewegung zählten, die sich von Anfang an aktiv gegen den Krieg gestellt hatten.

Bereits vom 10. November 1918 an hatten Liebknecht und Luxemburg gewarnt, dass die SPD die Revolution erdrosseln und den Generälen sowie den Krupps und Thyssens die Macht zurückgeben wollte. Und dass die Arbeiterklasse dies nur verhindern könne, wenn sie selber die politische Macht übernehme, die Armee und den alten Staat auflöse und die Großindustrie unter ihre Kontrolle stelle.



*Beisetzung von Liebknecht und Luxemburg*

In der Hauptstadt, wo die SPD am deutlichsten ihr Gesicht zeigte, fanden diese Ansichten bei immer mehr Arbeitern Gehör. Auf dem Gründungskongress der KPD machte Rosa Luxemburg jedoch deutlich, dass die Arbeiterklasse die Macht erst dann übernehmen kann, wenn die große Mehrheit der Arbeiter in allen Industriezentren und im Land davon überzeugt ist.

Die SPD-Führung und die Generäle wollten der jungen KPD keine Zeit lassen, ihre Ideen im Land bekannt zu machen. Ihnen war klar, dass es dann vielleicht in wenigen Wochen mit ihnen vorbei sein würde. In aller Eile gründeten sie Söldner-Truppen, sogenannte Freikorps, aus Rechtsradikalen, Abenteurern und Offizieren, die dem Krieg nachtrauerten. Und bereits am 4. Januar provozierten sie einen Aufstand der Berliner Arbeiter, um diese vernichten zu können, bevor die Arbeiter im Rest des Landes sich den Ideen der Kommunisten anschlossen.

Am 4. Januar setzte die SPD-Regierung den Berliner Polizeipräsidenten ab, einen linken Sozialisten, dem die Arbeiter vertrauten. Sofort gingen über eine halbe Million Arbeiter auf die Straße, davon 100.000 bewaffnet. Sie forderten den Sturz der SPD-Regierung.

Luxemburg, Liebknecht und andere Revolutionäre zögerten, zum Aufstand gegen die Regierung aufzurufen, da zu befürchten war, dass die Arbeiter im Rest Deutschlands nicht folgen würden. Doch die junge KPD hatte auch nicht genug Festigkeit und Einfluss, um zu verhindern, dass sich ein Teil der Berliner Arbeiter in den verfrühten Aufstand warf. Und so kämpfte sie selbstverständlich mit aller Kraft an ihrer Seite.

In einem Massaker, mit Kanonen, Maschinengewehren und Flammenwerfern schlugen die rechtsextremen Freikorps unter dem Kommando von SPD-Minister Noske die Arbeiter nieder. Dann durchkämmten sie eine Woche lang Betrieb für Betrieb, Stadtviertel für Stadtviertel. Wahlos wurden hunderte Revolutionäre hingerichtet. Am 15. Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gefasst und ermordet. Die KPD wurde verboten, die meisten ihrer führenden Mitglieder überlebten die nächsten Wochen nicht.

In den folgenden Monaten warfen sich auch die Arbeiter im übrigen Deutschland in den Kampf, um ihre Revolution gegen die SPD und die Reaktionen zu verteidigen. Doch sie taten dies in jeder Gegend zu einem anderen Zeitpunkt – ohne Partei, die ihre zersplitterten Kämpfe zu einem gemeinsamen Kampf der Arbeiter um die Macht hätte zusammenführen und leiten können. Und so konnte die SPD-Regierung mit Hilfe der Freikorps einen revolutionären Aufstand nach dem anderen niederschlagen, im Ruhrgebiet, in München, in Thüringen...

Die SPD hat den Kapitalismus gerettet. Fünfzehn Jahre später bringt die Großindustrie Hitlers Nationalsozialisten an die Macht, unter ihnen viele ehemalige Freikorps-Soldaten. Ihre erste Aufgabe wird darin bestehen, die gesamte Arbeiterbewegung zu vernichten, Kommunisten, Gewerkschafter und auch die SPD – um dann für Krupp, Thyssen und Co. den nächsten Weltkrieg zu führen.

Als Liebknecht und Luxemburg am 25. Januar 1919 beerdigt werden, folgten über eine halbe Million Menschen dem Trauerzug, der zugleich eine politische Demonstration war. Bis heute gibt es jedes Jahr eine Demonstration, die an ihre Ermordung erinnert und an ihren Kampf und ihre Ideale, die heute weiter aktuell sind.

## Ein Gift namens Brexit

Nachdem das britische Parlament das Brexit-Abkommen abgelehnt hat, weiß keiner, wie es weitergeht. Wird es einen Aufschub für den EU-Austritt geben oder nicht, eine zweite Abstimmung über den Brexit, Neuwahlen? In jedem Fall hat eine neue Phase politischer und wirtschaftlicher Instabilität begonnen, die voller Gefahren für die arbeitende Bevölkerung ist.

Die kapitalistische Klasse in Großbritannien wollte nie den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verlieren, der für sie wirtschaftlich sehr wichtig ist.

Doch für die führenden Politiker in Großbritannien war es lange Jahre einfach zu verlockend, die EU zum Sündenbock für alle Probleme zu machen. Es ist kein Geld in der britischen Staatskasse? „Die EU ist schuld, weil sie so viel Geld verschlingt.“ Niedriglöhne und Armut breiten sich aus? „Die Migranten aus anderen EU-Staaten sind Schuld, vor allem aus Polen und Osteuropa“, die angeblich den Briten die Arbeitsplätze wegnehmen und zu Billiglöhnen arbeiten würden.

Um nicht über die wahren Verantwortlichen – die Kapitalisten und die britische Regierung – zu sprechen, hat man die EU für alles verantwortlich gemacht.

Irgendwann hat sich diese Demagogie verselbstständigt – mit dem Ergebnis, dass 2016 eine ganz knappe Mehrheit für den Brexit stimmte, den weder die Kapitalisten noch die führenden Politiker wirklich gewollt hatten.

Seitdem hat Premierministerin Theresa May versucht, ein Abkommen auszuhandeln, bei dem Großbritannien zwar formell aus der EU austritt, aber für die Kapitalisten alles beim Alten bleibt. Um den Brexit-Befürwortern trotzdem zu gefallen, hat sie umso härtere Maßnahmen gegen Migranten und EU-Bürger angekündigt und Vielen mit Ausweisung gedroht.

Ihr Kalkül ist nicht aufgegangen. Bereits während der Brexit-Verhandlungen ist die Währung eingebrochen, die Bevölkerung leidet unter der Inflation. Viele Betriebe haben bereits im Namen des Brexit Entlassungen und sogar die Schließung oder Verlagerung ganzer Fabriken angekündigt. Statt die Wirtschaftskrise zu lösen, verschärft der Brexit sie. Und der Frust über die Regierung wird immer größer.

Die Politiker haben daher die Abstimmung über das Brexit-Abkommen genutzt, um sich von der Regierung zu dis-

tanzieren und um Wählerstimmen zu werben. Die einen (Konservative), indem sie einen noch härteren Brexit fordern – die anderen, indem sie Neuwahlen fordern. Wobei auch die größte Oppositionspartei, die Labour-Party, keine einheitliche Haltung zum Brexit vertritt.

Und so steckt Großbritannien in einer politischen Krise, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint, so sehr sind all diese verantwortungslosen bürgerlichen Politiker einzig davon geleitet, Wählerstimmen zu ergattern.

Der Brexit ist ein Gift, denn er spaltet die Arbeiter in Brexit-Befürworter und -Gegner, und er heizt die nationalistischen und fremdenfeindlichen Vorurteile an. Während die politische Kaste mit ihrem widerwärtigen, nationalistischen Theater die Bühne beherrscht, hatte die arbeitende Bevölkerung bislang keine Gelegenheit, als Arbeiter auf den Brexit zu antworten und ihre Klasseninteressen in den Vordergrund zu stellen.

Angesichts der derzeitigen Gefahren, der arbeiterfeindlichen Offensive und der mit ihr verbundenen fremdenfeindlichen Hetze ist eine solche Antwort nötiger denn je.

## Bangladesch: Kampf für höhere Löhne

Seit dem 6. Januar protestieren zehntausende Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter in Bangladesch entschlossen für höhere Löhne. Sie bestreiken über 50 Fabriken und blockieren mit ihren Demonstrationen die Industriegebiete der Hauptstadt.



Die Löhne der Textilarbeiterinnen gehören zu den niedrigsten der Welt. An ihrer Ausbeutung verdienen die örtlichen Fabrikbesitzer, aber mehr noch ihre Auftraggeber: die europäischen und US-amerikanischen Konzerne wie H&M, Walmart, Aldi oder Zara.

Mit ihren Massenprotesten haben sie die Textilbosse zum Handeln gezwungen. Am 13. Januar haben Unternehmer, Gewerkschaften und Regierung höhere Löhne vereinbart. Allerdings aus Sicht der Arbeiterinnen viel zu wenig. Und so gehen Streiks und Demonstrationen

weiter. Auch die Polizei, die immer wieder mit Tränengas, Gummi-Geschossen und Schlagstöcken gegen die Arbeiterinnen vorgeht, schafft es nicht, die Proteste zu beenden.

Es gibt über vier Millionen Textilarbeiterinnen in Bangladesch – zusammengedrängt in wenigen Städten und großen Fabriken.

Mit dieser Konzentration, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und mit ihrem Willen, sich nicht kleinkriegen zu lassen, stellen sie eine Macht da, mit der sie die Regierung und die Besitzenden des Landes das Fürchten lehren können.

## Undichte Fenster – oder 200 € mehr

Vonovia hat angekündigt, nur noch halb so viel für energetische Sanierungen auszugeben wie bisher. Mieter sollen mit undichten Fenstern und Türen, hohen Heizkosten und Schimmel leben!

Und Vonovia besitzt noch die unglaubliche Dreistigkeit zu behaupten, die Mieter wollten das ja so. Immer wenn man sanieren wolle, würden Mieter dagegen protestieren.

Wogegen Mieter protestieren ist, dass Vonovia für diese Sanierungen systematisch 100-200 Euro Mieterhöhung verlangt. Und als Krönung des Ganzen zum Teil viel billigeres Material für die Wärmedämmung verbaut als angegeben oder Heizungen nur auf dem Papier austauscht... und dafür trotzdem höhere Mieten kassiert.

Die Immobilienkonzerne verdienen bereits Milliarden an den Mieten. Sie, und nicht die Mieter, müssen Instandhaltung und Sanierung bezahlen!

## Bergbau: Eine Tradition von Solidarität und Klassenkampf

Im Dezember wurde in der Bottroper Zeche Prosper-Haniel symbolisch das letzte Stück Steinkohle gefördert, mit dem die Steinkohleförderung in Deutschland zu Ende geht. Viele haben bei der Gelegenheit daran erinnert, dass die Zechen auch ein Ort waren, an dem viele Nationalitäten zusammenarbeiteten, ein Ort der Solidarität der Arbeiter.

In der Tat haben die harten Arbeitsbedingungen und die gegenseitige Abhängigkeit dazu beigetragen, Solidarität und Zusammenhalt unter den Arbeitern zu schaffen. Eine Solidarität, die sie vor allem gegen die Kapitalisten brauchten – die Zechenbarone, die durch ihre Ausbeutung reich wurden.

Ab Ende des 19. Jahrhundert gab es immer wieder Streiks für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen. Mehrfach erfassten Streikwellen mit mehreren

hunderttausend Bergleuten das Revier. Und in den Revolutionsjahren ab 1918 kämpften über drei Viertel der Bergleute mehrfach mit Generalstreik und der Waffe in der Hand für eine sozialistische Republik und dafür, dass die Zechen enteignet und unter die Kontrolle der Arbeiter gestellt würden.



Ab den 1960er Jahren begannen die Zechen nach und nach zu schließen. Doch auch in diesen letzten Jahrzehnten

kämpften die Bergleute immer wieder entschlossen dafür, dass nicht sie die Folgen der Zechenschließungen bezahlen. Sie erkämpften sich so bessere Bedingungen als andere Arbeiter, die von Massenentlassungen betroffen waren.

Die Bedingungen unter Tage waren alles andere als eine Idylle. Es war eine menschenfeindliche Umgebung, harte Arbeitsbedingungen, zerstörerisch für die Gesundheit: mit Explosionen, Staublunge, Vergiftung mit PCB und weiteren Krankheiten, an denen viele Bergleute gestorben sind und noch sterben. Es gibt keinen Grund, um das Ende dieser Arbeiten zu trauern.

Doch die Traditionen der Solidarität und des Klassenkampfes fehlen der Arbeiterklasse schmerzlich – und für ihre Wiederbelebung zu kämpfen, lohnt sich!

## Eine Bahn für Unternehmer, nicht für Arbeiter

Zum x-ten Mal führen Regierung und Bahn-Chefs das Schmierentheater von der großen Reform bei der Bahn auf, immer mit neuer Besetzung, aber immer mit den gleichen Worten: „Ab jetzt wird alles besser.“ Und es verbessert sich... nichts.

Zwar verkündet der Bahn-Chef stolz, dass dieses Jahr 22.000 Beschäftigte eingestellt werden sollen. Doch er verschweigt, dass in der gleichen Zeit fast genauso viele Arbeitende in Rente gehen oder zu einer anderen Firma wechseln. An dem katastrophalen Personalmangel überall, bei den Lokführern, den Reparaturteams oder an den Schaltern wird sich nichts ändern.

Und auch wenn die Bahn ein paar neue ICE-Züge kaufen will: Im Regionalverkehr, wo ja „nur“ die Arbeitenden und Schüler fahren, will die Bahn gar nicht investieren.

Dabei sind die Zugausfälle und Verspätungen hier noch viel schlimmer. Hier wurden alle Reserven gestrichen, wurde dermaßen gespart, dass die Bahnen regelmäßig nicht mal mehr bis zur Endhaltestelle fahren, sondern vorher umkehren,

um irgendwie die Verspätung einzuholen!

Obendrein hat die Regierung viele Strecken im Regionalverkehr privatisiert, wodurch die Zustände noch schlechter geworden sind. Denn diese Bahnen wollen Gewinn machen und sparen deshalb an allem. Die Nordwestbahn am Niederrhein zum Beispiel hat so viel am Personal gespart, dass seit Wochen wegen Personalmangel jeder dritte Zug zwischen Duisburg und Xanten ausfällt. Und auf dieser Strecke fährt nichts Anderes!

Die Regierung hat die Bahn in den letzten 25 Jahren zu einem Konzern gemacht, dessen Hauptziel es nicht ist, Menschen und Güter zu befördern, sondern Gewinn zu machen. Sie hat es Banken, privaten Bahnen und Zugherstellern ermöglicht, Gelder der Bahn in Milliardenhöhe auf ihre Konten zu schaffen.

An eben dieser grundsätzlichen Entwicklung will die Regierung nichts ändern. Und deshalb werden sich die Zustände für Beschäftigten und Fahrgäste nicht verbessern, sondern weiter verschlechtern.

## Ölpellets: Ein System der Verantwortungslosigkeit

Von 2010 bis 2013 wurden 30.000 Tonnen giftige und krebserregende Ölpellets zwischen Schermbeck und Hünxe einfach in eine Grube gekippt. Die Ölpellets sind Abfallprodukte aus der BP-Raffinerie in Gelsenkirchen. Um sie billiger entsorgen zu können, hat BP sie irgendwann als „ungefährlichen Abfall“ eingestuft. Und die Bezirksregierung Münster als zuständige Behörde hat das Spiel mitgespielt. Die Firma Nottenkämper, die diesen „ungefährlichen Abfall“ für BP recyceln sollte, wollte dann ebenfalls Geld sparen und hat die Pellets einfach in eine Abfallgrube gekippt. Eine Grube, von der aus die Giftstoffe ins Grundwasser gelangen können!

Nachdem das Ganze bekannt geworden ist, wird die Grube nun notdürftig auf Staatskosten versiegelt. Doch um die Gefahr wirklich zu beseitigen, müsste man den Giftmüll ausbaggern, was viele Millionen kosten würde. BP und Nottenkämper aber schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Beide weigern sich, ihren Giftmüll zu entsorgen – und weder Behörden noch Justiz rühren einen Finger, um sie dazu zu zwingen.

Sie dürfen den Profit für ihre Machenschaften behalten, während die Bevölkerung die Folgen ihrer Verantwortungslosigkeit tragen muss.

**Wollen  
Sie uns  
erreichen?**

### DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen  
E-Mail: [das-rote-tuch@gmx.de](mailto:das-rote-tuch@gmx.de) Telefon: 0151-55570980  
[www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org](http://www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org)

**Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!**